

Fraktion Die Linke im Sächsischen Landtag #sogehtsolidarisch Mitte Juni 2025

Die Linke

Fraktion im
Sächsischen Landtag



Liebe Leserin, lieber Leser,

die Menschen in Sachsen verdienen Planungssicherheit. Die Krankenhausgesellschaft, die Gewerkschaften, Sozialverbände, die Handwerkskammer, der Landestourismusverband und viele andere Akteure weisen zu Recht darauf hin, dass ohne Landeshaushalt unverzichtbare Strukturen wegbrechen und Menschen arbeitslos werden. Die Liga der Freien Wohlfahrtspflege hat dem Landtag ihren offenen Brief „[Haushalt jetzt!](#)“ übergeben, den auch linke Abgeordnete entgegengenommen haben (Foto).

Die Kommunen, die Unternehmen und auch die Zivilgesellschaft brauchen Sicherheit. Nur so lassen sich Arbeitsplätze erhalten. Die demokratischen Kräfte sollten also übereinkommen. Es gibt [sehr gute Gründe dafür, die AfD draußen zu halten](#). Die Abgeordneten der Linksfraktion verhandeln weiter und werden rechtzeitig vor der Haushaltsplenarsitzung am 25. und 26. Juni entscheiden, wie sie abstimmen. Alle Infos und Positionierungen gibt es auf unserer [Sonderseite](#). In unserer nächsten Ausgabe können wir dann aller Voraussicht nach umfassend informieren, wie die Verhandlungen ausgegangen sind.

Inhaltsverzeichnis

1. Mietschulden wachsen stark – bezahlbaren Wohnraum schaffen!
2. KZ-Gedenkstätte Sachsenburg womöglich gerettet
3. Die Linksfraktion widerspricht Plänen, die kommunalen Gleichstellungsbeauftragten abzuschaffen
4. Unterkünfte für Geflüchtete bei weitem nicht ausgelastet
5. Auch das gibt's

Mietschulden wachsen stark – bezahlbaren Wohnraum schaffen!



Mietschulden sind ein Hauptgrund für Wohnungslosigkeit – die kommunalen Wohnungsunternehmen beklagen, dass die Außenstände stark angewachsen sind. Viele Menschen haben keinen finanziellen Spielraum mehr! Wir wollen Präventionsangebote ausbauen, damit Mietschulden gar nicht erst entstehen. Vor allem Wohnungsgenossenschaften suchen individuelle Lösungen, um Wohnungsverlust zu vermeiden. Auch

die kommunalen Wohnungsunternehmen handeln nicht profitorientiert. Es sollte so viel Mietwohnraum wie möglich in öffentlicher oder genossenschaftlicher Hand sein. Die kommunalen Unternehmen geraten wegen der Mietschulden unter zusätzlichen Druck. Auch deshalb fordern wir, ihnen die DDR-Altschulden streichen. Für mehr bezahlbaren und barrierefreien Wohnraum sind auch weitere Maßnahmen erforderlich.

KZ-Gedenkstätte Sachsenburg womöglich gerettet



Aagnverglaser, CC-BY-SA-4.0, Wikimedia Commons

Der Druck aus Zivilgesellschaft und Politik beginnt zu wirken – [Kulturministerin Barbara Klepsch sagt, sie könne zusätzliche Mittel für den weiteren Aufbau der KZ-Gedenkstätte Sachsenburg beschaffen](#). Es wäre eine Blamage, wenn der scheitern würde. Wir werden die Staatsregierung an ihren Taten messen! Doch selbst wenn die Mittel für die KZ-Gedenkstätte fließen sollten, gäbe es [keine Entwarnung für die übrigen Träger und Projekte der Erinnerungspolitik](#).

Die Linksfraktion widerspricht Plänen, die kommunalen Gleichstellungsbeauftragten abzuschaffen



Die Minderheitskoalition plant ein „Gesetz zur Stärkung der kommunalen Freiheit und Verantwortung“. [Im Zuge dessen erwägen das Innenministerium und manche Kommunen](#), die Pflicht zur Bestellung kommunaler Gleichstellungsbeauftragter abzuschaffen oder abzuschwächen. Zudem soll das Gleichstellungsgesetz generell nicht für kommunale

Dienststellen gelten. Dagegen regt sich Protest – zu recht. [Die Linksfraktion verteidigt die gleichstellungspolitischen Errungenschaften!](#)

Unterkünfte für Geflüchtete bei weitem nicht ausgelastet



Neue Zahlen des Innenministeriums zeigen: In Sachsen kommen sehr viel weniger geflüchtete Menschen an. Die Kapazitäten an Gemeinschaftsunterkünften und Wohnungen sind bei weitem nicht ausgelastet. So können und müssen die Landkreise und Kreisfreien Städte Behelfsunterkünfte zurückbauen. Als Linke setzen wir uns dafür ein, geflüchtete Menschen möglichst zügig

in Wohnungen unterzubringen. Wer in einer Gemeinschaftsunterkunft festsetzt, kann kaum selbstständig handeln und sich schlecht integrieren.

Auch das gibt's



Rainerhaufe, CC0, Wikimedia-Commons

„Wenn ich hier im Landtag aus dem Fenster schaue, sehe ich, was mit Marktwirtschaft möglich ist.“ Das hat Ministerpräsident Michael Kretschmer der Wirtschaftswoche gesagt. Wir finden: Er sollte lieber aus einem Fenster der Staatskanzlei schauen. Dann sähe er, dass auch dreieinhalb Jahrzehnte Marktwirtschaft die Carola-Brücke nicht retten konnten. Außerdem meinte er: „Es reicht, wenn Deutschland 2050 klimaneutral wirtschaftet. Gerade,

wenn wir wieder auf Wachstumskurs kommen wollen, sind Energiesicherheit und -preise zentral“. Dieses Plädoyer, es langsamer anzugehen, ist befremdlich: Gerade weil Energie schnell und dauerhaft preisgünstig werden muss, kommt es auf die erneuerbaren Quellen an. Strom aus Sonnen- und Windkraft ist wesentlich billiger als Strom aus Kohle, Gas oder Öl. Und er ist sehr viel preiswerter als Strom aus Atomkraftwerken. Je schneller also klug gesteuerte Energienetze und -speicher entstehen, die so umfassend wie möglich aus erneuerbaren Quellen versorgt werden, desto besser.

Impressum

Die Linke Fraktion im Sächsischen Landtag

Bernhard-von-Lindenau-Platz 1

01067 Dresden

Telefon: 0351 4935800

Fax: 0351 4935460

linksfraktion@slt.sachsen.de

Folgen Sie uns auf Facebook

Folgen Sie uns auf X

Folgen Sie uns auf Instagram

Folgen Sie uns auf Youtube

Folgen Sie uns auf Flickr

Wenn Sie diesen Newsletter nicht mehr erhalten wollen, können Sie sich hier austragen:

[Newsletter abbestellen](#)